

Bildungsstandards: Schulen und LehrerInnen brauchen Unterstützung

Jürgen Maaß

Einleitung

Vor wenigen Wochen, am 16. 9. 2008, meldete APA, dass Unterrichtsministerin Claudia Schmied (SPÖ) den Verordnungsentwurf mit dem Kernstück der geplanten Bildungsstandards in Begutachtung geschickt hat (APA189 5 II 0702 XI).¹ Im folgenden Beitrag konzentriere ich mich auf eine zentrale Frage im Zusammenhang mit der Einführung von Bildungsstandards als Mittel zur „Qualitätssicherung und -entwicklung an den Schulen“ (Verordnungsentwurf, S. 3): Was plant das Ministerium in dem Fall, dass eine Schule oder Schulklasse im Test schlecht abschneidet?

Weitgehend harmlos ... ?

Auf den ersten Blick ist die Antwort auf meine Frage, die sich aus der Lektüre des Verordnungsentwurfs ergibt, weitgehend harmlos. In § 3 (Funktionen der Bildungsstandards) heißt es:

Bildungsstandards erfüllen neben der Information über den Kompetenzstand der Schülerinnen und Schüler drei weitere wesentliche Funktionen:

1. Ergebnisorientierung:

Bildungsstandards legen Lernergebnisse fest, die Schülerinnen und Schüler zu einem gewissen Zeitpunkt erreicht haben sollen. Die Lehrkraft hat den Unterricht während der gesamten Ausbildung auch auf die Erreichung der Lernergebnisse hin auszurichten und jede einzelne Schülerin und jeden einzelnen Schüler zu ihren bzw. seinen besten Lernergebnissen hinzuführen. Für eine gezielte Vorbereitung und Förderung muss sie jedoch

auch zwischenzeitig den Leistungsstand der Schülerin oder des Schülers in Bezug auf die Bildungsstandards kennen. Hiefür werden der Lehrkraft spezielle Hilfsmittel (z. B. Aufgabenbeispiele, diagnostische Instrumente) zur Verfügung gestellt.

2. Gezielte Förderung der Schülerinnen und Schüler:

Die Lehrkraft hat die angestrebten Lernergebnisse (Bildungsstandards) und die tatsächlich erreichten Lernergebnisse einander gegenüberzustellen, zu analysieren und eine Diagnose über den Leistungsstand der Schülerin oder des Schülers zu treffen. Bemerkt sie, dass manche Schülerinnen oder Schüler je nach unterschiedlichen Anlagen und Fähigkeiten Schwierigkeiten haben, diese Ziele zu erreichen, hat sie diese zu fördern und zu unterstützen. Die Lehrerin oder den Lehrer trifft die Verpflichtung, alle Schülerinnen und Schüler bestmöglich zum angestrebten Lernergebnis zu führen.

3. Qualitätsentwicklung an der Schule:

Standardüberprüfungen liefern dem Schulsystem eine Rückmeldung über die Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler. Sie ermöglichen Steuerungsmaßnahmen, sowohl interner Art (an der Schule) als auch externer Art (durch die Schulbehörden). Die Schulen haben die Auswertungsergebnisse zum Zweck konkreter Qualitätsentwicklungsmaßnahmen zu erhalten. Solche Maßnahmen könnten z. B. sein:

Die Abhaltung pädagogischer Konferenzen oder Fachlehrerkonferenzen, die Ausarbeitung von methodisch-didaktischen Konzepten oder von Konzepten für Weiterbildungs-

¹ Der Entwurf ist unter http://www.bmukk.gv.at/medienpool/17203/vo_bildungsstandards_mat.pdf im Internet zu finden.

maßnahmen für Lehrerinnen und Lehrer, methodisch-didaktischer Erfahrungsaustausch oder die Bildung bzw. Konsultierung von Netzwerken, sämtliche Maßnahmen allenfalls unter Miteinbeziehung bzw. auf Initiative der Schulaufsicht. Ziel ist es jedoch nicht, die Leistungen der Lehrerinnen und Lehrer aus dienstrechtlicher Sicht zu beurteilen. Die regelmäßige Auseinandersetzung mit Standardergebnissen soll dazu beitragen, eine Kultur der Selbstevaluation und der gemeinsamen Qualitätsentwicklung an der Schule zu fördern. (Verordnungsentwurf, S. 6)

Viele LehrerInnen werden es als ausgesprochen beruhigend einschätzen, dass das Ziel nicht ist, „die Leistungen der Lehrerinnen und Lehrer aus dienstrechtlicher Sicht zu beurteilen“ (Verordnungsentwurf, S. 6). Manche werden sich vielleicht sogar, nachdem sie diesen Satz gelesen haben, entspannt zurücklehnen, hoffen, dass auch künftige Regierungen dieser Linie folgen und für sich denken, ... das ist ja harmlos!

Geplante Maßnahmen?

Nicht strafen, sondern fördern scheint das Motto der Verordnung. Stichworte dazu aus dem Entwurf sind Konferenzen, methodisch-didaktische Konzepte, Weiterbildungsmaßnahmen und Bildung bzw. Konsultierung von Netzwerken. Das ist zweifelsohne wichtig und gut, aber mir kommen doch drei kritische Fragen dazu in den Sinn:

1. Machen wir das nicht schon seit vielen Jahrzehnten?
2. Reichen die verordneten Maßnahmen aus, um den Unterricht tatsächlich zu verbessern?
3. Was wird nicht bedacht?

Die Fragen beantworten sich fast von selbst. Allerdings macht es vielleicht Sinn, der Beantwortung etwas mehr Raum für neue Gedanken bzw. daraus resultierende Forderungen ans Ministerium bzw. die neue Regierung einzuräumen, weil ja alle Parteien (hoffentlich auch nach der Wahl) die Bildung verstärkt fördern wollen. Vielleicht kann ja der erhofften Förderung eine sinnvolle Richtung gegeben werden.

Ad 1. In den letzten Jahrzehnten sind die finanziellen Aufwendungen für die Fort- und Weiterbildung von LehrerInnen immer wieder gekürzt worden. Vielleicht signalisiert die Verordnung hier eine *Trendumkehr*? *Nein, leider nicht*. Unter der Überschrift „Finanzielle Auswirkungen“ steht

gleich auf der ersten Seite: „Durch eine dem Entwurf entsprechende Verordnung entstehen keine finanziellen Auswirkungen auf den Bundeshaushalt.“ (Verordnungsentwurf, S. 1) Das kennen wir aus vielen bildungspolitischen Forderungen und ihrer Umsetzung in den letzten Jahrzehnten: Wir, die im Bildungsbereich Tätigen, sollen alles besser machen – es darf aber nichts kosten! Geld soll offenbar nur für das ‚Bundesinstitut für Bildungsforschung, Innovation und Entwicklung des österreichischen Schulwesens‘ (BIFIE) und die Maßnahmen bezahlt werden, die zur Entwicklung der Testitems etc. notwendig sind. Nun ist allgemein bekannt, dass mehr Qualität mehr Geld kostet. In der österreichischen Wirtschaft, die bekanntlich sehr für Qualitätsverbesserungen in den Schulen ist, um den Wirtschaftsstandort Österreich noch attraktiver zu machen, ist es ganz selbstverständlich, dass bessere Produkte oder Dienstleistungen mehr Geld kosten. Vielleicht kann sie diese Selbstverständlichkeit auch der Regierung mitteilen? Bisher liegt der Schluss nahe, dass vorhandene Maßnahmen, also etwa über die derzeit übliche LehrerInnenfortbildung oder die IMST-Aktivitäten, inhaltlich anders benannt oder ausgerichtet werden sollen, damit die LehrerInnen der in Punkt 2 genannten Verpflichtung zur „gezielten Förderung der Schülerinnen und Schüler“ besser nachkommen können.

Nun besteht eine Verpflichtung zur gezielten Förderung der Schülerinnen und Schüler auch ohne die neue Verordnung und die bisherigen Veranstaltungen zur LehrerInnenfortbildung haben sich ganz ohne Zweifel nach besten Kräften oder so gut es in der jeweiligen Situation ging bemüht, die LehrerInnen dabei zu unterstützen. Wenn hier etwas geändert werden soll, so ist zunächst genauer zu untersuchen, welche Effekte die bisherige LehrerInnenfortbildung hatte. Wenn die Regierung den Eindruck hat, es sei eine neues Maßnahmenbündel zur Qualitätssicherung und -entwicklung an den Schulen notwendig, dann scheint offenbar der Eindruck vorzuherrschen, dass die derzeitige Qualität nicht hinreicht bzw. ohne Entwicklung über die neue Outputsteuerung durch Standards schon bald unzureichend sein wird. Vielleicht haben die PISA-Ergebnisse einen solchen Eindruck erzeugt.

Wenn der Eindruck vorliegt, dass im Hinblick auf die Qualität ministerieller Handlungsbedarf vorliegt, impliziert das auch eine Aussage über den (Miss-)Erfolg der bisherigen Aus- und Fortbildung von LehrerInnen. Damit eröffnet sich ein weites Feld für empirische Forschungen, auf deren Resultate ich gespannt bin.

Ad 2. Wenn beklagt wird, dass die bisherige LehrerInnenfortbildung zu wenig positive Effekte im Hinblick auf die Qualität des Mathematikunterrichtes zeigt, dann lässt sich aus meiner Sicht eine wichtige Ursache dafür auch ohne weitere empirische Forschung benennen. Mathematik-LehrerInnenfortbildung findet in der Regel als Informationsveranstaltung statt: LehrerInnen lernen etwas über Unterrichtsinhalte, neue Methoden und ihre Verbindung zu Unterrichtskonzepten, also zum Beispiel etwas über Stochastik, offenen Unterricht und das Modellieren stochastischer Zusammenhänge in offenen Unterrichtsformen wie Projektunterricht. Das ist ohne Zweifel sehr wichtig und verdienstvoll, aber keinesfalls eine Garantie für die gelungene Umsetzung dieser Information im Unterricht der fortgebildeten LehrerInnen. Weshalb nicht? Es gibt, um ein Beispiel für angestrebte Verhaltensänderung aus einem ganz anderen Bereich des Lebens zu nennen, sehr viele sehr gut aufbereitete Informationen über die Gefahren von Suchtgiften wie Tabak und Alkohol, aber keinesfalls den gewünschten Erfolg in der Verhaltensänderung der Menschen, die diese Suchtgifte nach wie vor in größerem Umfang zu sich nehmen. Ähnlich ist es bei Themen wie gesunde Ernährung, rücksichtsvolles Autofahren etc. Eine nachhaltige Verhaltensänderung ist durch Information allein offenbar nicht oder nur schwer erreichbar.

Was heißt das für die LehrerInnenfortbildung? Wenn tatsächliche Verhaltensänderung, also neue Inhalte und neue Methoden und anderes Lehrverhalten im Unterricht, erreicht werden soll, muss kräftig investiert werden. Vielleicht können wir ja hier von der Industrie lernen? Aus der professionellen Personalentwicklung wird über bemerkenswerte Erfolge des individuellen Coachings berichtet, also über eine nachhaltige Unterstützung jener Personen (z. B. ManagerInnen), die etwas Neues auf neue und bessere Art machen sollen, durch individuelle Beratung und individuelle Rückmeldungen zu dem, was sie bisher gemacht haben.

Wie kann das konkret aussehen? Nehmen wir an, in einer Schule seien Klassen bei Standard-Tests durch unterdurchschnittliche Testergebnisse aufgefallen. Daraufhin schickt das BIFIE oder das Ministerium ein kleines Team von ExpertInnen an diese Schule, die für einige Wochen den Unterricht beobachten, den LehrerInnen ein individuelles und konstruktives Feedback geben, ihnen dabei helfen, sich fachlich und methodisch ebenso wie im Hinblick auf ihr persönliches Verhalten im Unterricht zu verbessern. Ich bin fest davon

überzeugt, dass sich solch eine Unterstützung nachhaltig und positiv auf die LehrerInnen und ihren Unterricht auswirken kann, wenn einige wichtige Voraussetzungen erfüllt sind.

1. Schule, Eltern, SchülerInnen und LehrerInnen müssen eine solche Unterstützung als positive und sinnvolle Hilfe ansehen und diejenigen sehr achten, die bereit und in der Lage sind, Hilfe zu geben und Hilfe anzunehmen. Wenn solche Aktivitäten den Ruf und die Form bekommen, den derzeit Führerscheinachschulungen für ertrappte AlkoholsünderInnen haben, sind sie vermutlich nur Zeit- und Mittelverschwendung. Wenn Schuldige gesucht werden und die Unterstützung als Bestrafung empfunden wird, ist sie schon im Ansatz gescheitert.
2. Das Beratungsteam muss fachlich und fachdidaktisch sehr gut qualifiziert sein, also sowohl den zu unterrichteten Stoff als auch die dazu vorhandenen mathematikdidaktischen Konzepte sehr gut kennen.
3. Das Beratungsteam muss hinreichend sozial kompetent sein, also in der Lage sein, professionell zu beraten bzw. die Maßnahmen zur Personalentwicklung professionell einzusetzen (damit aus Ratschlägen keine Schläge werden).

Der Aufbau solcher Teams wird ebenso wie ihr Einsatz einiges Geld kosten – aber Qualität hat nun einmal ihren Preis!

Ad 3. Nehmen wir einmal an, die individuelle Fortbildung gelingt – durch Coaching etc. wird eine nachhaltige Verbesserung der Kompetenz der Lehrenden und der Qualität ihres Unterrichts erzielt. Reicht das? Leider nicht! Es gibt mindestens zwei weiter reichende Ebenen, auf denen Schulen der Unterstützung bedürfen, nämlich einerseits die Schule selbst als Bildungseinrichtung (Gebäude, Zusammenarbeit, soziale Organisation etc.) und andererseits ihr lokales und gesellschaftliches Umfeld.

In Österreich wurde in den letzten Jahren nur wenig Geld für Schulbau investiert. Welche Schule ist so ausgebaut, dass sie den pädagogischen Wünschen (Stichwort: Arbeitsräume für Kleingruppen) oder den ministeriellen Wünschen an LehrerInnen genügt? Wenn im Zuge der Debatte um die Qualitätssteigerung der Schulen gefordert wird, dass LehrerInnen ihre Dienstzeit in der Schule verbringen, um dort für pädagogische Beratungen, Konferenzen, schulinterne Fortbildungen etc. anwesend und verfügbar zu sein, brauchen LehrerInnen auch die dazu notwendigen Ar-

beitsplätze, sprich Büros. Kennen Sie eine Schule in Österreich, in der jeder Lehrer und jede Lehrerin ein eigenes Büro mit Computer und Regalen, Kästen und einer Sitzgruppe für Besprechungen und Beratungen hat? In vielen Schulen drängen sich die LehrerInnen in einem Raum, der aussieht wie ein ehemaliger Klassenraum und haben eine halbe Schulbank als Arbeitsplatz.

Im Zuge von vielen Gesprächen mit LehrerInnen habe ich gehört, wie viel Energie an Schulen für Konflikte innerhalb der Gruppe der LehrerInnen bzw. in der Beziehung zur Schulleitung verloren geht. Nicht selten berichten LehrerInnen, dass sie sich – auch gesundheitlich oder körperlich – unwohl fühlen, wenn sie nur das Kollegium, an einzelne KollegInnen oder die Schulleitung denken. Nach dem morgendlichen Gang zum Lehrerzimmer gehen sie schon „schlecht drauf“ ins Klassenzimmer – und unterrichten natürlich auch nicht so gut, wie sie es könnten, wenn sie „gut drauf“ ins Klassenzimmer kämen. Auf diesem schulinternen Feld könnte mit vergleichsweise geringen Mitteln viel positive Energie für guten Unterricht erzielt werden. Mit ein wenig gezielter Schulung und Übung in Sachen sozialer Kompetenz könnten übrigens auch von vielen LehrerInnen als unangenehm und belastend empfundene Situationen wie Konferenz, Beratung, Elternsprechtag etc. deutlich positiver gestaltet werden. Dazu gibt es wissenschaftlich solide durchgeführte Studien,² die zeigen, dass der Lehrberuf tatsächlich besonders belastend für die Gesundheit ist.

Nehmen wir abschließend an, die Schulen würden baulich verbessert, die schulinternen Energieverluste deutlich gemildert und die Kommunikationssituation mit SchülerInnen und Eltern würde deutlich besser. Dadurch würde zweifelsohne sehr viel dafür getan, dass auch der Unterricht besser wird. Reicht das? Leider nein! Was fehlt denn noch? Viele Studien über den Zustand der Gesellschaft insgesamt und insbesondere die Lage der Jugend in Österreich³ zeigen, dass viele Probleme, die sich in schlechten Schulnoten oder verhaltensauffälligen Kindern zeigen, hauptsächlich von außen in die Schule getragen werden. Auch gute LehrerInnen in guten Schulen haben viele und z. T. nicht lösbare Probleme mit Kindern, die nicht oder nur wenig erzogen in die Schule kommen. In einem Schulvergleich oder gar einem öffentlichen Ranking nach Testabschneiden

bei Standard-Tests spielt das Umfeld der Schule vielleicht sogar eine größere Rolle als das, was in der Schule selbst stattfindet. Wovon rede ich? Von A-Klassen, also solchen mit vielen SchülerInnen, deren Eltern zu einer Gruppe wie arm, allein erziehend, arbeitslos, Asylanten, Ausländer, Alkoholsüchtige etc. gehören.

Hier ist bald eine gesellschaftliche Grundsatzentscheidung zu fällen: Soll Schule für Erziehung im Allgemeinen und Drogenberatung, Sozialhilfe, Kriminalitätsverhinderung, kulturelle Integration etc. im Besonderen zuständig sein oder nicht? Eine Schule, die „nur“ auf eine gute fachliche Ausbildung ausgerichtet ist, kann ein solches Ziel selbstverständlich viel leichter erreichen als eine, die all die gesellschaftlichen Probleme und Anforderungen mitlösen soll, die von außen in sie hineingetragen werden. Bekanntlich erhebt sich ja bei jedem in unserer Gesellschaft sichtbar werden Problem die Forderung, die Schule solle dieses Problem durch geeignete Erziehung lösen. Solche Wünsche sind etwa: Umwelterziehung verhindert die Klimakatastrophe, Verkehrserziehung die Opfer des Straßenverkehrs auf dem Schulweg, Gesundheitserziehung löst Gesundheitsprobleme, Medienerziehung hilft gegen Informationsflut, Pornografie im Internet und schlechte Computerspiele. Ich zweifle nicht daran, dass Erziehung einen kleinen Beitrag zur Lösung all dieser und weiterer Probleme leisten kann. Ich zweifle aber daran, dass Schulen derzeit dazu richtig ausgerüstet und mit dem entsprechend qualifizierten Personal ausgestattet sind. Wer glaubt denn ernsthaft daran, dass ein Lehrer oder eine Lehrerin ohne entsprechende mehrjährige Ausbildung dazu in der Lage ist, als PsychologIn oder SozialarbeiterIn erfolgreich tätig zu sein? Niemand! Wenn ein Lehrer oder eine Lehrerin ohne entsprechende Ausbildung außerhalb des Schulgeländes in einer solchen Richtung nebenberuflich tätig wird, kommt schnell eine Anzeige und eine Strafe. Die entsprechenden Berufe haben ganz zu Recht als Eingangsvoraussetzung eine mehrjährige Berufsausbildung mit Abschlußprüfung, die keinesfalls durch ein Wochenendseminar für LehrerInnen zum Thema ersetzt werden kann.

Schulen brauchen in der Frage ihrer grundsätzlichen Ausrichtung – fachlich versus gesamtgesellschaftliche Problemlöseeinrichtung – eine starke Unterstützung durch den Staat! Wenn sie sich auf

² <http://vbe.de/lehrerstudie-ueberblick.html>

³ www.bmgfj.gv.at/cms/site/standard.html?channel=CHo605&doc=CMS1137418349899, <http://www.oeij.at>

die fachliche Qualifizierung (oder in der Sprache der Verordnung die Vermittlung der gewünschten fachlichen Kompetenzen) konzentrieren soll, braucht sie staatlichen Schutz vor weiteren Anforderungen. Es darf nicht dem schlechten Gewissen und der dafür unzureichenden Qualifikation der LehrerInnen überlassen bleiben, alles gleichzeitig erreichen zu wollen. Deshalb ist für den Fall,

dass anders entschieden wird und Schulen viele zusätzliche Funktionen übernehmen und gut erfüllen sollen, sehr viel entsprechend qualifiziertes Personal aufzunehmen. In den USA gibt es schon Schulen mit den entsprechenden baulichen Voraussetzungen inklusive Sicherheitszaun und Security, in denen die Mehrzahl der Beschäftigten *nicht* LehrerInnen sind. Wollen wir das?